



Schon vor der Eröffnung des neuen Werks in Mexiko werden künftige BMW-Mitarbeiter in San Luis Potosi geschult. BILD: DPA

BMW eröffnet neues Werk, Donald Trump tobt

- Autoproduktion in Mexiko erzürnt US-Präsidenten
- Neue Zölle treffen auch den Münchner Konzern

VON RALF MÜLLER
wirtschaft@suedkurier.de

San Luis Potosi – An diesem Donnerstag wird in San Luis Potosi gefeiert. Der Autobauer BMW eröffnet dort an diesem Tag offiziell ein neues Werk. Der neue Standort soll über eine stattliche Jahreskapazität von 150.000 Fahrzeugen verfügen. Gebaut werden soll in dem zentralmexikanischen Werk zunächst ausschließlich der neue BMW 3er überwiegend für den US-amerikanischen Markt.

Schon im Jahr 2014 hatte BMW den Bau eines neuen Werks in Mexiko bekannt gegeben. Damals war die handelspolitische Welt noch in Ordnung. Niemand dachte an einen wütenden US-Präsidenten, der mit Strafzöllen um sich wirft. Vielmehr hatte man die Vorteile des Automobilstandorts Mexiko vor Augen, wo die Arbeitnehmer qualifiziert, aber höchstens ein Viertel so teuer sind wie in den USA oder in Europa. Mexiko verfügte über viele vorteilhafte Handelsabkommen, darunter die besonders wichtige Nafta-Vereinbarung von 1994, welche die zollfreie Einfuhr der in Mexiko gebauten Autos in die USA und Kanada gewährleisten sollte. Doch das war einmal.

Immerhin ist auch unter US-Präsident Donald Trump ein neues Freihandelsabkommen namens USMCA (USA-Mexiko-Kanada) in Sicht, doch dass unter der gegenwärtigen US-Regierung nichts sicher ist, bewies ihr Chef recht-



Poltert gegen den Autostandort Mexiko: US-Präsident Donald Trump. BILD: AFP

zeitig zur Eröffnung des neuen BMW-Werks in San Luis Potosi. Vier Tage nach der feierlichen Eröffnung werden alle Importe aus Mexiko in die USA mit einer fünfprozentigen Sonderabgabe belegt. Diese Strafzölle könnten sich auf bis zu 25 Prozent steigern, sollte Mexiko nicht einlenken, ließ Trump die Welt wieder einmal per Twitter wissen. Davon wären auch deutsche Autobauer betroffen, die in Mexiko für den US-Markt produzieren – bislang VW und die Tochter Audi, nun auch BMW.

„Wirksame Maßnahmen“ gegen illegale Migration fordert das Weiße Haus von dem südlichen Nachbarland, um die Strafzölle zu vermeiden. Doch das dürfte nur vorgeschoben sein. US-Präsident Donald Trump ist es ein Dorn im Auge, dass nicht nur deutsche Hersteller, sondern auch US-Autokonzerne wie General Motors, Ford und Fiat Chrysler

die günstigen Bedingungen in Mexiko nutzen, um billiger für den Heimatmarkt zu produzieren. Sie sollen gezwungen werden, Produktion wieder in die USA zurückzuverlagern: „Wenn sie keine Zölle zahlen wollen, werden die Firmen, die 30 Prozent unserer Autoindustrie genommen haben, Mexiko verlassen und wieder zurück in die USA kommen“, twitterte Trump und: „Mexiko hat die Vereinigten Staaten über Jahrzehnte ausgenutzt.“

Dank der niedrigen Löhne und des großen Netzes an Freihandelsabkommen hat sich Mexiko zum sechstgrößten Fahrzeugproduzenten der Welt entwickelt – und das, ohne selbst eine eigene bedeutende Marke zu haben. Im vergangenen Jahr wurden in dem Land 3,9 Millionen Autos produziert. In der Rangliste der weltgrößten Autoexporteure belegt Mexiko sogar Platz vier.

Ausgerechnet jetzt, da Trump bei Mexiko die Daumenschrauben ansetzt, läuft bei BMW in San Luis Potosi die Produktion hoch. Bisher wurde kommuniziert, dass mit der 3er-Produktion in Mexiko der Übergang vom 3er zum X3 im südafrikanischen Werk Rosslyn ausgeglichen werden soll. Welche Strategie die Münchner mit ihrer Investition von rund einer Milliarde noch verfolgen, dürften die drei Vorstände Milagros Caina-Andree (Personal), Oliver Zipse (Produktion) und Andreas Wendt (Einkauf), die zur Eröffnungszereemonie erwartet werden, wiederholt gefragt werden.

Das lesen Sie zusätzlich online

Welche Maßnahmen Trump gegen Mexiko genau plant und wer davon besonders betroffen ist unter www.sk.de/10171212

NACHRICHTEN

BOOKING.COM

Hotels unterliegen vor Gericht

Das Buchungsportal Booking.com darf Hotels verbieten, ihre Zimmer auf der eigenen Internetseite billiger anzubieten als über das Portal. Eine solche „enge Bestpreisklausel“ sei zulässig, entschied das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf und hob die Untersagung dieser Praxis durch das Bundeskartellamt auf. Die Klausel sei notwendig, um „ein illoyales Umlenken von Kundenbuchungen“ zu verhindern, hieß es zur Begründung. Booking.com will mit der Klausel verhindern, dass sich Gäste auf dem Portal über Hotelangebote informieren und sich dann durch niedrigere Preise auf die Hotelseite locken lassen, um dort zu buchen. (dpa)

DEUTSCHLAND

Neuwagen wieder mehr gefragt

Der Auto-Absatz in Deutschland hat im Mai kräftig zugelegt. Im vergangenen Monat wurden 332.962 neue Pkw zugelassen und damit 9 Prozent mehr als ein Jahr zuvor, wie das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) in Flensburg mitteilte. Nach einigem Auf und Ab seit Jahresbeginn steht für die ersten fünf Monate nun ein Plus von 1,7 Prozent auf gut 1,5 Millionen Autos zu Buche. Jeder dritte im Mai neu zugelassene Pkw hatte einen Dieselantrieb. (dpa)

MÄRKTE

Heizöl

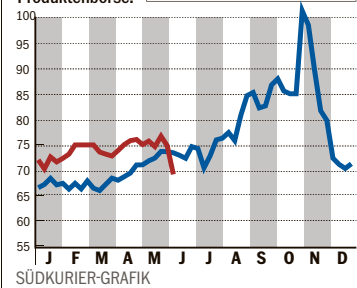
Preise für 100 Liter Super-Heizöl bei Lieferung von 3000 Liter einschließlich Mehrwertsteuer, zuzüglich Zuschläge für Transport- und Logistikkosten. Angaben ermittelt durch den Verband für Energiehandel Südwest-Mitte (Mannheim):

Konstanz	72,59-73,44;
Friedrichshafen	72,71-73,97;
Pfullendorf	70,24-71,95;
Waldshut	73,11-74,32;
Villingen-Schw.	72,45-73,55;
Singen	72,48-73,37;
Lörrach	74,17-75,40.

Leichtes Heizöl*

Durchschnittspreis (*Premiumqualität) inklusive Mehrwertsteuer bei Abnahme von 2500 bis 3500 Litern. Festgestellt von der Stuttgarter Waren- und Produktenbörse.

In Euro je 100 Liter	= 2019
	= 2018
Stand 04.06.2019:	69,11



Sedus Stoll wächst zweistellig

VON THOMAS DOMJAHN

Dogern – Der Büromöbel-Hersteller Sedus Stoll hat beim Umsatz erstmals die Marke von 200 Millionen Euro erreicht. Das Unternehmen mit Sitz in Dogern steigerte seinen Erlös im vergangenen Jahr um 11,1 Prozent auf 212,3 Millionen Euro. Der Jahresüberschuss fiel mit 9,8 Millionen Euro ähnlich wie 2018 aus. Wie das Unternehmen mitteilt, erhöhte sich der Auftragseingang um 5,3 Prozent und lag damit oberhalb des Anstiegs des gesamten Marktvolumens für Büromöbel, der 2,2 Prozent betrug. Die einzelnen Bereiche von Sedus Stoll entwickelten sich dabei unterschiedlich.

Im Produktbereich Sedus Seating, der Bürositz-, Kommunikations- und Objektmöbel umfasst, stieg der Auftragseingang nur um 0,5 Prozent auf 100,5 Millionen Euro. Im Produktbereich Sedus Systems, in dem Büromöbel, Schreibtisch- und Schranksysteme gebündelt werden, verbuchte Sedus Stoll dagegen einen Auftragszuwachs von 12,6 Prozent auf 85,9 Millionen Euro. Die Exporte von Sedus Stoll legten produktübergreifend um 7,6 Prozent auf 85,1 Millionen Euro zu.

Die Investitionen der Sedus Stoll AG betragen 12,9 Millionen Euro. Die Schwerpunkte mit einem Volumen von 8 Millionen Euro seien, wie im Vorjahr, verschiedene Erweiterungsbauten am Firmensitz in Dogern gewesen. Die Mitarbeiterzahl der Sedus Stoll Gruppe erhöhte sich von 873 auf 935 (ohne Auszubildende), wovon derzeit 533 in Dogern, 292 in Geske und 110 bei Klöber, einer Tochterfirma von Sedus Stoll, in Owingen tätig sind.

China warnt vor Reisen in die USA

Peking (dpa) Vor dem Hintergrund des Handelsstreits mit den USA hat China eine Reisewarnung an seine Bürger ausgegeben. Es komme in den USA immer wieder zu Schießereien, Raubüberfällen und Diebstahl, hieß es in einer Mitteilung des Ministeriums für Tourismus und Kultur. Demnach sollen Reisende ihr Sicherheitsbewusstsein schärfen und Sicherheitsvorkehrungen verstärken. In einer separaten Warnung des chinesischen Außenministeriums hieß es, dass Chinesen in letzter Zeit zunehmend von US-Behörden bei der Einreise belästigt worden seien. Es käme immer wieder zu Einzelverhören oder anderen Befragungen. China hatte Reisende bereits im vergangenen Sommer vor Gewalttaten in den USA gewarnt. 2018 reisten 2,9 Millionen Chinesen nach Amerika. Als Zeichen der zunehmenden Spannungen beider Staaten hatte die Regierung in Peking am Montag vor den Risiken eines Studiums in den USA gewarnt. Staatsmedien berichteten unter Berufung auf das Bildungsministerium, dass einige Studenten, die in den USA studieren wollten, Probleme bei der Visavergabe hätten. Die seit Juni 2018 andauernde Handelsauseinandersetzung zwischen den beiden größten Volkswirtschaften hatte sich zuletzt verschärft. Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt wirft der US-Regierung vor, einen Wirtschaftskrieg gegen China zu führen.

DIE ÖKONOMISCHE FRAGE

Was ist besser geeignet – CO2-Steuer oder Emissionshandel?

Klima-Ökonomen sind sich einig: Mit den beiden Instrumenten können unterschiedliche Ziele erreicht werden. Das ist aber vielfach nicht bekannt.

VON FRIEDRICH BREYER

Das Klimaschutz tun muss, darüber herrscht in der Politik weitgehend Einigkeit. Es bleibt aber die Frage, wie man das am effektivsten gestaltet – mit einer Steuer auf alle CO2-Emissionen oder mit einer Ausweitung des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS)? Diese Frage ist auch wissenschaftlich nicht abschließend geklärt. Worüber sich Klima-Ökonomen jedoch

einig sind, ist, dass man mit den beiden Instrumenten unterschiedliche Ziele erreichen kann: Falls man die zukünftigen Schäden durch überhöhte CO2-Konzentration in der Atmosphäre monetär bewerten könnte – etwa, weil sich diese primär in einem geringeren Sozialprodukt ausdrücken –, dann wäre eine CO2-Steuer in genau dieser Höhe das geeignete Instrument, um heutigen Emittenten die Kosten ihres Tuns aufzubürden. Falls aber, wie vom Weltklimarat in seinem jüngsten Bericht (2018) behauptet, schon bei 2 Grad Erderwärmung ein Kippeffekt eintritt, bei dem katastrophale und unumkehrbare Folgen für Menschen, Tiere und Pflanzen – etwa immer wiederkehrende Dürren – drohen, dann müssen die weltweiten CO2-Emissionen so eng begrenzt werden,

dass der entsprechende Temperaturanstieg verhindert wird. Mit anderen Worten ist dann eine direkte Steuerung der Ausstoßmengen das geeignete Mittel, wie sie dem Zertifikatehandel zugrunde liegt.

Leider sind diese Zusammenhänge in der Öffentlichkeit nicht hinreichend bekannt, wie man kürzlich wieder bei Anne Will erleben konnte. Da forderte die Klimaaktivistin Louisa Neubauer die Regierung ultimativ dazu auf, eine CO2-Steuer einzuführen. Dabei vergisst sie, dass man bei der Einführung einer solchen Steuer – im Gespräch sind anfänglich etwa 20 Euro je Tonne CO2 – überhaupt nicht voraussehen kann, welche Wirkungen sie auf die ausgestoßene Menge an CO2 haben wird. Da die Fridays-for-Future-Bewegung aber

immer wieder auf die Kippeffekte verweist, die der Weltklimarat voraussagt, würde sie stattdessen besser auf einer Einbeziehung sämtlicher CO2-Emissionen in den Zertifikatehandel bestehen.

Nicht viel kundiger trat der frühere Bundesumweltminister Norbert Röttgen auf, der den gegenwärtigen Zertifikatehandel mit folgender Begründung als unwirksam kritisierte: Da die Menge der ausgegebenen Zertifikate zu groß gewählt worden sei, hätten diese am Markt einen so geringen Preis – der übrigens momentan bei ca. 24 Euro pro Tonne liegt – und wegen des geringen Preises sei der Anreiz, CO2 einzusparen, gering. Was für ein Missverständnis! Die Wirkung des ETS besteht nicht darin, einen bestimmten Preis zu erzeugen, sondern sie besteht in der di-

rekten Festlegung der Emissionsmenge. Der Zertifikatehandel soll lediglich dafür sorgen, dass die politisch festgelegte Menge effizient erbracht wird, das heißt Einsparungen von denen vorgenommen werden, die dies am besten können. Wenn man das System für unwirksam hält, dann deshalb, weil jedes Jahr eine zu große Menge an Zertifikaten ausgegeben wird. Und dann sollte sich Deutschland in der EU für eine schnellere Verringerung der Menge einsetzen. Aber vielleicht ist das zu kompliziert und Klimapolitik doch eine Sache für Experten.

Der Verfasser lehrt Wirtschaftspolitik an der Universität Konstanz und ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium.